

Positionspapier

Der europäische Grüne Deal für einen sozial-ökologischen Neustart

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Dieses Positionspapier soll nicht nur zum Diskutieren genutzt werden, sondern auch zum Handeln bewegen. DIE LINKE muss eine pragmatische Antwort auf die COVID19 Wirtschaftskrise und deren gesellschaftliche Folgen geben und dieses Papier soll seinen Beitrag dazu leisten.

*Im Herzen des wirtschaftlichen Neustarts muss der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft stehen. Damit nimmt der Klimaschutz, neben den sozialen Fragen und dem demokratischen Dialog, in unserer Argumentation eine zentrale Rolle ein. Auf europäischer Ebene geht es darum, den europäischen Grünen Deal in Richtung eines sozial-ökologischen Neustarts zu lenken. Denn wir brauchen einen ambitionierten europäischen Rahmen, um unsere Vorstellung eines sozial-ökologischen Umbaus voranzutreiben. Leider wagen es einige Mitgliedsstaaten die vergleichsweise ambitionierte Klimapolitik der EU infrage zu stellen. Leugner*innen des Klimawandels haben eine schräge Debatte losgetreten, die die COVID19-Pandemie nutzen will, um den Klimaschutz zu schwächen und den Ausstieg aus fossilen Energieträgern hinauszuzögern. Dabei gibt es für die enormen Gefahren, die vom Klimawandel ausgehen, reichlich fundierte wissenschaftliche Belege. Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass der bereits schwache Grüne Deal noch weiter unterminiert wird. Ziel dieses Papiers ist es deshalb auch, den europäischen Grünen Deal verständlicher zu machen, und die sich daraus ergebenden Chancen und die nötigen Verbesserungen für einen sozial-ökologischen Neustart aufzuzeigen.*

Von Cornelia Ernst

Ein Neustart im Sinne der sozial-ökologischen Transformation

Auf der ganzen Welt weicht der anfängliche Schock, den die COVID-19-Pandemie ausgelöst hat, langsam einem alptraumhaften Erwachen, in Anbetracht der schlimmen wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Die Situation kann nicht unterschätzt werden. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass es sich um eine der **bisher schwersten Wirtschaftskrisen aller Zeiten** handeln wird. Auch wenn Sofortmaßnahmen wie Kurzarbeitergeld und Kredite für Unternehmen die volle Auswirkung anfangs etwas abfedern konnten, sehen sich doch bereits jetzt etliche Menschen in ihrer Existenz bedroht. Die geschlechterungerechte Schieflage der Rettungsmaßnahmen konserviert wie nebenbei patriarchale Lebensmodelle und Benachteiligungen von Familien mit Kindern. Davon sind die Ärmsten am stärksten betroffen.

Das allgemeine Ausgangsverbot hat Energiearmut verschärft, prekär Beschäftigte, Solo-Selbständige und Grenzpendler*innen leiden mit am meisten unter empfindlichen Einkommenseinbußen, aber auch Großunternehmen und Beschäftigte in vermeintlich guten Arbeitsverhältnissen bekommen die Auswirkungen bereits zu spüren. Gleichzeitig hat die Klimakrise kein bisschen an Dringlichkeit verloren. Es ist keine Untertreibung zu behaupten,

dass unsere Entscheidungen in den kommenden Wochen und Monaten **wirtschaftlich, sozial und ökologisch zukunftsentscheidend** sein werden und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellen.

Warum dürfen wir den europäischen Grünen Deal nicht aufgeben?

Im Anbetracht der schweren Krise und der enormen Kosten, die der Neustart erfordert, müssen wir es auf Anhieb richtig machen. Dabei muss dem sozial-ökologischen Umbau unbedingt höchste Priorität eingeräumt werden. Bedrohte Arbeitsplätze müssen zwar erhalten werden (viele davon in grünen Sektoren), genauso wichtig ist es aber, zügig in neue Arbeitsplätze zu investieren und den Strukturwandel in klimaschädlichen Sektoren frühzeitig anzupacken, um ihn sozial gerecht gestalten und begleiten zu können.

Klar ist auch: wir müssen **klotzen, nicht kleckern!** Wir brauchen eine weitreichende Strategie, um die europäische Wirtschaft und die Organisation öffentlicher Dienstleistungen neu zu starten und gleichzeitig zukunftstauglich zu machen. Dafür brauchen wir eine durchdachte industriepolitische Strategie, eine Mobilitätswende, bezahlbare energiearme Wohnformen und eine nachhaltige Landwirtschaft wie sie auf europäischer Ebene bisher nur im euro-

päischen Grünen Deal angedacht ist. Den Grünen Deal jetzt zu verwerfen, wäre unverantwortlich. Trotz all seiner Schwächen müssen wir ihn vor den Leugner*innen des Klimawandels verteidigen und darüber hinaus selbst in die Offensive gehen, um ihn sozial und besser auszugestalten.

Deshalb plädieren wir dafür, den europäischen Grünen Deal zügig auszurollen, um die Wirtschaft wiederzubeleben und nachhaltig aus der Krise zu führen.

Wir haben jetzt die **einmalige Gelegenheit für eine tiefgreifende sozial-ökologisch Transformation** unserer Gesellschaft. Damit das gelingen kann, müssen wir in allen Teilbereichen des Grünen Deals auf soziale Gerechtigkeit bestehen. Schließlich geht es beim wirtschaftlichen Neustart nicht nur um die unmittelbare Zukunft, sondern auch um die Perspektiven zukünftiger Generationen, die ein Anrecht auf eine, aus sozialer und ökologischer Sicht, sichere Zukunft haben. Klimaschutz und wirtschaftlicher Neustart stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern gehen Hand in Hand.

Der europäische Grüne Deal: Programm für den Neustart?

Die EU Gesetzgebung legt allgemeine Rahmenbedingungen in der EU fest. Wir dürfen den europäischen Grünen Deal jetzt nicht aufgeben, da Europa sonst gänzlich im fossilen Zeitalter stecken bleiben wird. Darüber hinaus unterliegt die Ausgestaltung im Detail in vielen Bereichen den Mitgliedstaaten und erlaubt Handlungsbedarf auf allen Ebenen. Hier gilt es, Synergien zu erkennen und zu nutzen!

In der Tat sprechen einige Gründe dafür, den **Grünen Deal zum Kernstück des EU Post-COVID-19 Wiederaufbauplans** zu machen. Eine gemeinsame EU-Industrie- und Klimastrategie mit vereinbarten Wegmarken kann eine langfristige Perspektive und Planungssicherheit beim sozial-ökologischen Umbau garantieren. Sie schafft notwendige Anreize für öffentliche und private Investitionen in Infrastruktur, Unternehmen und Qualifikationen, um die Zukunftstauglichkeit von Arbeitsplätzen zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Grüne Deal kann dafür Größeneffekte und Synergien erzeugen sowie neue Märkte öffnen. Nicht ganz zu Unrecht bezeichnete Kommissionspräsidentin von der Leyen den Grünen Deal als Konjunkturprogramm für Europa. Außerdem erleichtert ein europäischer Rahmen neuen Produkten und Dienstleistungen, die im

Laufe der sozial-ökologischen Transformation eingeführt werden, sich zu etablieren. Damit kann der Grüne Deal zum sozial-ökologischen Umbau beitragen, aber nur wenn wir uns für soziale Belange im Grünen Deal stark machen.

Kritiker*innen argumentieren, dass die Klimaschutzziele während des Neustarts hintenangestellt werden sollten, um Unternehmen nicht unnötig zu belasten. Von solchen Ausnahmeregelungen würden die Gastronomie und andere Dienstleistungsunternehmen, die derzeit schwer von der Krise betroffen sind, allerdings nicht profitieren. Vielmehr würde es den Hauptverursachern von CO₂-Emissionen erlauben, weiter auf Kosten der Allgemeinheit Profite an ihre Aktionäre auszuschütten. Der kurzfristig versprochene Nutzen würde sich langfristig rächen, da die **Kosten des Klimawandels für zukünftige Generationen weit teurer sein werden, als die derzeitige COVID-19-Krise**, zumal der Klimawandel auch zur Ausbreitung von Krankheiten und Pandemien beitragen kann.

Dabei muss Europa sich auch im internationalen Vergleich sehen. Klimaneutrale Industrieentwicklung gewinnt weltweit an Bedeutung für öffentliche und private Investitionen. Süd-Korea investierte bereits während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 in grüne Konjunkturprogramme und konnte sich damit in vielen Bereichen als Marktführer etablieren beispielsweise bei der Batterieherstellung. Ähnlich ist China inzwischen der größte Hersteller von Solarzellen und Windkraftträgern und investiert derzeit massiv in Elektromobilität mit dem Ziel, in diesem Sektor die Führung zu übernehmen. Der Grüne Deal kann dazu beitragen, dass Europa nach dem Neustart nicht in zukunftsentscheidenden Sektoren ins Hintertreffen gerät.

Was ist der europäische Grüne Deal und was spricht dafür?

Der europäische Grüne Deal, den die EU im Dezember 2019 beschlossen hat, ist eine umfangreiche Klima- und industriepolitische Strategie, mit der sowohl die Ziele des Pariser Abkommens als auch die Modernisierung der europäischen Wirtschaft erreicht werden sollen. Ziel ist es, die Erderwärmung, gemäß dem Pariser Abkommen, auf weniger als 1,5°C zu beschränken.

Derzeit verpflichtet sich die EU zu einer Reduktion des des CO₂ Ausstoßes um 40% bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990. Um das 1,5 °C Ziel nicht

zu verfehlen, sind aber gemäß dem UN-Emissionsbericht 2019 **weit ambitioniertere Reduktionen von 70 % bis 2030 nötig**¹. Im Rahmen des neuen EU-Klimagesetzes, das Teil des Grünen Deals ist, wird derzeit über eine Erhöhung entschieden. DIE LINKE. im Europaparlament setzt sich für die 70% Marke ein. Außerdem will die EU mit dem Klimagesetz einen verbindlichen Rahmen schaffen, um **bis 2050 klimaneutral** zu werden. Darüber hinaus ist der Grüne Deal kein einzelnes Gesetz sondern ein Maßnahmenpaket, zu dem verschiedene Gesetze und Reformen zählen. Hier nur einige Beispiele:

- EU Klimagesetz, mit dem die EU bis 2050 Klimaneutralität erreichen will
- Plan zur Anhebung des Klimaziels der EU für 2030 auf eine Reduktion des CO2 Ausstoß von mindestens 50 %, mit Tendenz zu 55 % (DIE LINKE. im Europaparlament kämpft für 70%)
- Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft
- Fonds für den gerechten Übergang (Just Transition Fund), um den Strukturwandel zu begleiten
- Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität
- Erhöhung und bessere Verwaltung der Kapazitäten des Schienenverkehrs und der Binnenwasserstraßen
- Vorschlag zur Förderung der CO2-freien Stahlherzeugung bis 2030
- landwirtschaftliche Strategie „Vom Hof auf den Tisch“
- Initiative „Renovierungswelle“ für den Bausektor

Die bisher beschlossenen Maßnahmen der Kommission sind in einem Fahrplan festgelegt, der bereits umgesetzt wird.²

Obwohl die Vorschläge der Kommission weit hinter unseren Erwartungen zurückbleiben, ist die Kommission doch wesentlich ambitionierter als die meisten Mitgliedsstaaten. Aus diesem Grund müssen wir noch einmal betonen, dass wir **nicht vom Grünen Deal abrücken dürfen** und alles daranlegen müssen, ihn sozial auszugestalten.

¹ UN emissions gap report 2019: <https://www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-2019>

² EU Fahrplan zur Umsetzung des Grünen Deals https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_2&format=PDF

Der Grüne Deal beinhaltet auch Sektor-spezifische Initiativen, die geeignet sind, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese sind besonders wichtig für den wirtschaftlichen Neustart. Beispielsweise gibt es Pläne für eine CO2 neutrale Stahlproduktion, die Verbesserung des Güterverkehrs auf der Schiene und der Binnenschifffahrt, Pläne für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine geplante Renovierungswelle, um den Gebäudebestand energieeffizienter zu machen.

Letzteres birgt auch ein großes Potential, um **Energiearmut zu bekämpfen**. Viele dieser Initiativen können neue Arbeitsplätze schaffen oder helfen bestehende Arbeitsplätze zu transformieren und zukunftstauglich zu machen. Darüber hinaus stehen dem Grünen Deal auch eigens finanzielle Mittel zur Verfügung. Der bereits genannte Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund) soll den Strukturwandel, insbesondere in strukturschwachen Regionen begleiten. Außerdem kann er auch gemeinsam mit anderen Strukturfonds genutzt werden, um Synergieeffekte zu erzielen.

Für einen gerechten Umbau brauchen wir einen **fairen Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien** – zu einer nachhaltigen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang ist eine Förderung von Industriekulturerbe, von Kultur und nachhaltigem Tourismus unumgänglich. Wir benötigen viel mehr Orte, an denen der Übergang demokratisch verhandelt, akzeptiert und von Bürger*innen aktiv mitgestaltet wird, ohne die gewachsene Identität von Regionen auszublenden. Auch diese Orientierung gehört zu einem **gerechten Übergang, der neue Arbeitsplätze schaffen kann und zwischen Generationen vermittelt**.

Jetzt oder nie! Aufschwung sozial-ökologisch mitgestalten

Der Grüne Deal hat trotzdem bei weitem nicht sein ganzes Potential für eine sozial-ökologische Transformation entfaltet. Deshalb ist es wichtig vor Ort, auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene mehr zu fordern. Wir müssen in allen Bereichen das Meiste aus dem Grünen Deal rausholen, ganz nach dem Motto: **global denken und lokal handeln!**

Während des Neustarts nach der COVID-19-Pandemie wird es nötig sein, neue Wege zu beschreiten und neue Möglichkeiten zu erkennen, auch wenn diese aus der Not heraus entstanden sind. Die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, denen wir uns derzeit ausgesetzt sehen, sind auch

Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik und des Sparzwangs, der sich seit der Krise 2008 in Europa etabliert haben. Darunter litten vor allem die Gesundheitssysteme, welche dann in vielen Mitgliedsstaaten nicht mehr den Herausforderungen der COVID-19-Pandemie gewachsen waren.

Produktionsauslagerungen und das Just-in-time Prinzip in den Lieferketten haben ebenfalls zu vermeidbaren Engpässen bei medizinischer Ausrüstung und Medikamenten geführt.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist mitverantwortlich für das schlimme Ausmaß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. **Statt Gewinnmaximierung muss zukünftig die soziale und ökologische Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit im Herzen unseres Wirtschaftssystems stehen.** Dazu gehören auch öffentliche Dienste in Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, lokale Wirtschaftskreisläufe und eine nachhaltige Landwirtschaft.

DIE LINKE. im Europaparlament wird sich für einen starken, sozialen Grünen Deal einsetzen und sich dabei am Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom Januar 2020 orientieren. **Darum fordern wir:**

1. Gemeinsame Wege aus der Krise

Die COVID-19-Pandemie und der Klimawandel haben eines gemeinsam: sie sind globale Phänomene, die internationale Zusammenarbeit erfordern, um sie zu überwinden. Damit müssen wir in Europa beginnen, indem wir gemeinsame Wege aus der Krise beschreiten. Am 27. Mai 2020 hat die Kommission ihren Vorschlag für den EU-Haushalt 2021 bis 2027 (MFR) zur Bekämpfung der COVID-19-Krise vorgestellt. Wir begrüßen, dass die Kommission den Grünen Deal im Herzen des Neustarts sieht. Ebenfalls begrüßen wir Maßnahmen, die Solidarität in Europa stärken wie die Ankündigung einer europäischen Kurzarbeitregelung, die ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist.

Die massiven öffentlichen und privaten Investitionen, die im Rahmen des Grünen Deals und des COVID-19 Wiederaufbauplans mobilisiert werden, dürfen nicht in die Zwänge des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, einschließlich Verschuldungskriterien, geraten. Wir fordern die **Beendigung der EU-Austeritätspolitik und die Streichung von Schulden!**

Außerdem lehnen wir es kategorisch ab, dass die COVID-19-Krise missbraucht wird, um einen EU-Verteidigungshaushalt und ein Weltraumprogramm aufzustocken. In Zeiten, in denen wegen der COVID-19-Krise Misstrauen die Welt regiert, würde eine Priorisierung der militärischen Kapazitäten der EU die falschen Signale an die Weltgemeinschaft senden. Angesichts der dringenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise brauchen wir einen **Wiederaufbauplan, der die Interessen der Bürger*innen im Auge hat.**

Priorität muss der sozial-ökologischen Umbau und die Umsetzung des Grünen Deals haben und **nicht die Investition in Militärprojekte!** Stattdessen muss die europäische Säule für soziale Rechte gestärkt werden. Die Kommission plant zwar bereits den Grünen Deal daran auszurichten, jedoch ist diese Säule bisher für die Mitgliedsstaaten nicht bindend. Darum fordern wir verbindliche Sozialstandards für alle Mitgliedsstaaten und die Implementierung einer sozialen Säule in den Verträgen.

2. Kampf gegen Energiearmut

Eine Priorität für Neustart muss der Kampf gegen Energiearmut sein. Etliche Menschen sind von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Sie verbringen auf Grund der Ausgangssperren wesentlich mehr Zeit zuhause, arbeiten in großen Teilen auch von dort und haben deshalb wesentlich höhere Energiekosten. Gerade unter solchen Bedingungen darf sich niemand von Stromsperrungen bedroht fühlen. Schon vor der gegenwärtigen COVID-19-Krise mussten z.B. Crowdworker im digitalen Bereich die für die Arbeit anfallenden Energiekosten oft selbst tragen. Das betrifft jetzt weite Teile der Bevölkerung, von denen bei weitem nicht alle vom Arbeitgeber entschädigt werden. Dazu kommt, dass mehr und mehr Dienstleistungen nur noch digital zur Verfügung gestellt werden. Für energiearme Haushalte wird es deshalb **immer schwieriger, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.** Vielerorts wurden diese bereits für die Dauer der COVID-19-Pandemie ausgesetzt.

Trotzdem, oder gerade deshalb, braucht es jetzt eine einheitliche Gesetzgebung, um dauerhaft zu verhindern, dass Menschen durch Stromsperrungen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Zum Kampf gegen Energiearmut gehört auch die **Rekommunalisierung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen**, wie der Stromerzeugung und der Stromnetze.

Die Renovierungswelle des Grünen Deals bietet die Gelegenheit, Energiearmut durch effizientere Wohnhäuser zu lindern. Ein Großteil aller Gebäude in Europa ist ineffizient und sollte im Rahmen der EU-Klimaziele renoviert werden, um deren Energieeffizienz zu verbessern. Dabei sollten auch ältere Gebäude im Auge behalten werden, da viele davon, die eine energetische Sanierung nötig haben, auch gleichzeitig von Asbest befreit werden müssen. Gerade Haushalte mit niedrigen Einkommen können am meisten von der **energetischen Gebäudesanierung und einem gesunden Wohnklima** profitieren. Dafür ist es aber wichtig, dass diese **warmmietenneutral** durchgeführt werden und die Kosten für Renovierung nicht auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Deshalb muss der soziale Wohnungsbau gestärkt werden und im Rahmen der Renovierungswelle gefördert werden. Die Renovierungswelle kann zudem Beschäftigung im Bausektor sichern.

Energieeffizientes Bauen und Renovieren erfordert zusätzliche Qualifikationen und Tätigkeitsprofile. Diese können den Sektor für Frauen und junge Menschen attraktiver machen und sollten sich auch positiv auf Löhne und Arbeitsbedingungen auswirken.

3. Reichensteuer und Finanzsektor Regulierung

Um den Neustart und den sozial-ökologischen Umbau gerecht zu finanzieren, müssen die Hauptverursacher*innen und Profiteure der Ausbeutung des Planeten in die Pflicht genommen werden! Superreiche haben ohnehin im wahrsten Sinne des Wortes so viel Kapital, dass sie gar nicht mehr wissen wohin damit.

Extreme Kapitalkonzentration ist auch eine der Ursachen für Spekulationsblasen. Dieses Kapital fehlt kleinen und mittleren Unternehmen in der Realwirtschaft, die oft einen unzureichenden Zugang zu Finanzierung haben. Dabei sind sie diejenigen, die in den jeweiligen Regionen verankert sind, Arbeitsplätze schaffen und die sozial-ökologische Transformation vorantreiben können.

Es ist an der Zeit, die Profiteure des Status Quo in die Verantwortung zu nehmen und den **wirtschaftlichen Neustart mit einer Reichensteuer zu unterstützen**, die konsequent für einen zügigen Ausbau erneuerbarer Energien und in eine klimaneutrale Gesellschaft eingesetzt werden muss. Zudem müssen Banken und Finanzinstitutionen

stärker reguliert werden, um beispielsweise Lebensmittelspekulationen zu unterbinden, die die Auswirkungen des Klimawandels wie Ernteaussfälle und Hungersnöte noch verschärfen. Banken und Finanzinstitutionen werden sich erst dann ihrer eigentlichen Aufgabe, die Realwirtschaft zu unterstützen, zuwenden und aufhören moderne Alchemie zu betreiben, wenn sie sich durch strengere Regeln dazu gezwungen sehen.

4. Energiewende jetzt

In einer sozial-ökologischen Zukunft gibt es keinen Platz für fossile Energieträger. Deshalb brauchen wir einen fairen Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien, in der die ehemaligen Kohlekumpel eine **echte Perspektive** haben. Der Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund) muss ausreichende Möglichkeiten bieten, die es allen Mitgliedsstaaten erlauben, zu erneuerbaren Energien überzugehen. Dazu gehört auch, dass erneuerbare Energien und nicht fossile Energieträger stärker subventioniert werden. Dennoch hat die EU bei der Überarbeitung der Liste der Projekte von Gemeinsamem Interesse (PCI) die Förderung mehrerer Gasprojekte beschlossen. Das darf in Zukunft nicht mehr passieren!

Die Mittel, die von der EU und den Mitgliedsstaaten im Rahmen des Neustarts mobilisiert werden, sollen ausschließlich in erneuerbare Energie investiert werden. In einem klimaneutralen Europa haben fossile Brennstoffe keine Zukunft. Das EU-Klimagesetz muss den Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung festschreiben. Darauf drängen wir.

5. Emissionshandel und Energiebesteuerung

Die Kommission will das europäische Emissionshandelssystem auf andere Sektoren wie Verkehr, Gebäude etc. ausweiten. Das ist begrüßenswert, aber nur wirksam, wenn die CO₂-Zertifikate entsprechend teuer sind. Wir fordern, dass der **Preis der Zertifikate deutlich erhöht wird**. Ansonsten wird dieses Instrument keine Wirkung zeigen. Außerdem plant die Kommission, die Energiebesteuerungsrichtlinie zu überarbeiten und mehr auf den Klimaschutz anzupassen. Allerdings unterliegt Energiebesteuerung bisher der Einstimmigkeit im Rat. Das heißt: Schert ein Mitgliedsstaat aus, passiert gar nichts. In den Diskussionen, die im Laufe der COVID-19-Krise stattfanden, ist bereits

zu erkennen, dass sich einige Staaten, darunter Polen und Tschechien, dagegenstemmen werden. Wir fordern deshalb mit der sogenannten Überleitungsklausel die Einstimmigkeit in diesem Bereich abzuschaffen, um so mehr politischen Spielraum zu gewinnen.

6. Den Öffentlichen Dienst und das Gesundheitssystem stärken

Die öffentlichen Dienste müssen während des wirtschaftlichen Neustarts **ausgebaut und nicht kaputt gespart** werden. Die öffentlichen Dienste leisten einen wertvollen Beitrag zur Wirtschaftsleistung und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir sind dringend auf sie angewiesen, um auf Klima- und Gesundheitsnotstände zu reagieren.

DIE LINKE. prangert schon lange den Pflegenotstand an und fordert **bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen**. Es ist an der Zeit, ernst zu machen. Wir brauchen mehr Personal in Gesundheit und Pflege, besseren Lohn und die 30 Stunden Vollzeitwoche!

Beschäftigte in diesen Bereichen leisten auch an einem normalen Arbeitstag oft Überstunden, arbeiten am Limit und es ist eigentlich unmöglich mit Ausnahme- und Extremsituationen umzugehen. Personalmangel, der in der COVID19-Krise nochmal extrem sichtbar und spürbar wurde, darf es nie wiedergeben.

Wir müssen schließlich davon ausgehen, dass es in Folge des Klimawandels vermehrt zu solchen Extremsituationen kommen kann. Deshalb müssen auch andere systemrelevante Berufe aufgewertet und Institutionen zum Zivilschutz geschaffen werden, die in medizinischen und klimabedingten Krisensituationen schnell dort eingesetzt und konzentriert werden können, wo sie gebraucht werden. Wir begrüßen, dass die Kommission im EU-Haushalt 2021 bis 2027 (MFR) zur Bekämpfung der COVID-19-Krise erwägt, Schritte in diese Richtung zu unternehmen.

7. EU Wettbewerbsrecht, Staatsbeihilfen und öffentliches Vergaberecht

Teilaspekte des EU-Wettbewerbsrecht müssen nicht nur ausgesetzt, sondern, genauso wie das öffentliche Vergaberecht, tiefgehend reformiert werden, damit soziale und ökologische Aspekte im

Interesse der Allgemeinheit und nicht den Gewinnerwartungen einiger Weniger zum Opfer fallen. Es ist zwar zu begrüßen, dass die Kommission den Rahmen für Staatsbeihilfen im Verlauf der COVID-19-Krise ausgeweitet hat, jedoch muss es auch langfristige Überlegungen darüber geben, wie Staatsbeihilfen zukünftig effektiv für die Förderung des sozial-ökologischen Umbaus genutzt werden können. Zudem müssen entsprechende Novellierungen den Ausstieg aus fossilen Energieträgern beschleunigen, damit Europa möglichst schnell klimaneutral wird.

Die öffentliche Auftragsvergabe kann ein schlagkräftiges Instrument sein, um den sozial-ökologischen Umbau umzusetzen und in Krisenzeiten die Konjunktur zu fördern. Kommunen und andere öffentlichen Auftraggeber brauchen **mehr freie Hand, um soziale und ökologische Gesichtspunkte stärker zu berücksichtigen**.

Im Rahmen öffentlicher Beschaffung sollten auch die Möglichkeiten **europäischer Zusammenarbeit** näher erwogen werden. Hier können zum Beispiel Kosteneinsparungen durch gemeinsame Beschaffung von medizinischer Ausrüstung erzielt werden. Es gibt auch gute Erfahrungen, bei denen Städte und Gemeinden aus verschiedenen Teilen Europas viel Geld beim Einkauf von Bussen sparen konnten, indem sie gemeinsam Großbestellungen in Auftrag gaben.

8. Gastronomie, Landwirtschaft, Kultur und Tourismus

Die Gastronomie, Kultur- und Tourismusbranche leiden besonders schwer in der COVID-19-Krise. Es gilt, die betroffenen Beschäftigten und die, zu meist kleinen, Unternehmen kurzfristig zu schützen. Mittelfristig müssen wir aber weiterdenken: Wie können wir zum Beispiel den enormen CO2 Ausstoß verhindern, der durch das Fliegen verursacht wird? Die EU plant bereits, die Steuerbefreiung auf Kerosin abzuschaffen. Das genügt aber nicht. Wir sollten auch unseren eigenen Umgang, auch im Urlaub, überdenken. Davon kann auch der regionale Tourismus, die Gastronomie, kulturelle Angebote und ökologische Landwirtschaft langfristig profitieren.

Italien kann ein Beispiel für sozial-ökologische, **lokale Wirtschaftskreisläufe** sein, wo die „Slow Food“ Bewegung sich langsam etabliert und Landwirtschaft, Gastronomie und den Tourismus nachhaltig transformiert. Einer ökologischen Landwirt-

schaft kommt eine wichtige Rolle zu. Bio-Diversität und Artenvielfalt leisten einen erheblichen Beitrag zur Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel. Hier muss die EU neu justieren. Aber damit alle etwas davon haben und auch Haushalte mit geringen Einkommen davon profitieren, müssen Kleinbäuer*innen und Ökolandwirt*innen stärker von Agrarsubventionen profitieren. Die im Rahmen des neuen EU-Budgets aufgestockten Fonds für die Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung müssen dafür besser genutzt werden. Die EU-Initiative „Vom Hof auf den Tisch“, die Teil des Grünen Deals ist, bietet eine Gelegenheit, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen.

Ländliche Regionen brauchen dazu aber auch eine **bessere Verkehrsinfrastruktur** insbesondere im Schienenverkehr. Öffentliche Verkehrsmittel müssen ausgebaut werden, sodass Regionen auch für Anwohnende und Tourist*innen ohne PKW zugänglich sind. Von einer verbesserten Infrastruktur kann auch die Industrie profitieren.

9. Re-Industrialisierung Europas und lokale Wirtschaftskreisläufe

Die COVID-19-Krise hat die Schwächen von Produktionsauslagerung und dem Just-in-time Prinzip in den Lieferketten aufgezeigt. Das könnte der Startschuss für eine Re-Industrialisierung Europas sein. Unter Berücksichtigung des Grünen Deals kann die **Ansiedlung von Industriebetrieben im ländlichen Raum** und in Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, neue Perspektiven schaffen und gute Industrie-, Forschungs- und Dienstleistungsarbeitsplätze sichern. Vor Ort zu produzieren und damit lange Lieferwege zu vermeiden, ergibt auch aus klimapolitischer Sicht Sinn. Es eröffnet Perspektiven für die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die nicht nur gute Arbeitsplätze schaffen, sondern auch im Einklang mit einem sozialen Grünen Deal stehen.

In diesem Zusammenhang muss der Strukturwandel finanziell unterstützt und solidarisch gestaltet werden. Dazu müssen auch nationale Förderbanken gestärkt werden, denn sie haben den Vorteil, dass sie nicht unter die rigiden Verschuldungskriterien der EU fallen. Mittel, die im Rahmen der Krisenbewältigung in die betroffenen Betriebe fließen, müssen auch dazu genutzt werden, den Beschäftigten **Zukunftsperspektiven** zu geben, statt in den Taschen von Aktionär*innen zu landen. Dies kann durch Modernisierungsmaßnahmen im Be-

trieb oder Weiterbildungsmaßnahmen geschehen, die auf einen Wechsel in eine nachhaltige Branche abzielen.

Der Strukturwandel kann nur gelingen, wenn die betroffenen Betriebe, Gemeinden und Regionen sich frühzeitig damit auseinandersetzen, der demokratischen Debatte Raum geben und die aktive soziale und wirtschaftliche Gestaltung durch Bürger*innen unterstützen. Der Wandel unserer Produktions- und Lebensweise wird ohne demokratische Akzeptanz nicht funktionieren.

10. Strukturwandel im Automobilsektor

Der Automobilsektor muss sich dem Strukturwandel stellen. Der Umstieg zur Elektromobilität kann nicht bedeuten, dass es im Automobilsektor an anderer Stelle weiter geht wie gehabt. Es darf keine neuen Abwrackprämien geben, um ein Geschäftsmodell aus dem 20. Jahrhundert künstlich am Leben zu halten. **Die Automobilindustrie muss umdenken!** Wir brauchen mehr öffentliche Verkehrsmittel statt SUVs, langlebigere Produkte statt Abwrackprämien, kostengünstige und klimafreundliche Fahrzeugmodelle für die Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern, statt alte Dieselfahrzeuge billig im Ausland zu verschachern sowie Car-Sharing und neue Mobilitätskonzepte statt Individualverkehr.

Leider setzt die Kommission auf Elektrofahrzeuge, die im gesamten Lebenszyklus erst nach 100.000 Kilometern ökologischer als Verbrennungsmotoren sind. Darum fordern wir weniger Autos in urbanen Gebieten, kleine Elektroautos und kleine Autos mit effizientem Verbrennungsmotor für ländliche Regionen. Der ÖPNV muss ausgebaut und der Güterverkehr auf die Schiene verlegt werden.

Kontakt:
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
V.i.S.d.P Cornelia Ernst